Abend-Ausgabe

98. Jahrgang. Nr. 41 Montag, 25. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 900 Pfg., außerhalb 350 Pfg. abz. Rabattabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Nachweisige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

England plant einen umfassenden Zollbund

Vorzugsbehandlung für die nordischen Länder

Kopenhagen, 25. Januar. Die Zeitung „Politiken" bringt heute ein Interview mit dem englischen Minister für öffentliche Arbeiten, Ormsby-Gore, worin dieser sich über den Plan der englischen Regierung, mit einer Reihe von Ländern, darunter Dänemark, neue Handelsabkommen zu treffen, wie folgt ausspricht:

Die englische Regierung hat den Zollplan ausgearbeitet, den sie dem Unterhause vorlegen wird. Nach diesem Plan wird auf alle Waren, die in England eingeführt werden, ein Zoll gelegt, jedoch derart, daß die Kolonien und diejenigen Länder, mit denen ein Gegenseitigkeitsabkommen abgeschlossen werden kann, eine Vorzugsbehandlung behalten. Daneben werden jedoch die Kolonien eine größere Begünstigung erhalten, als Dänemark und andere Länder. Das einzige Ziel der englischen Regierung ist, im Außenhandel Englands das Gleichgewicht herzustellen und den Welthandel wieder in Gang zu bringen.

„Wir wünschen mit diesen Vorzugsabkommen mit den Kolonien und den Ländern wie Argentinien, Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark eine Interessengemeinschaft von einem Riesenumfang zu schaffen,

in der jeder Handelsumsatz mit möglichst geringen Hindernissen vor sich gehen kann. Wir sind bereit, Dänemark auf dem britischen Markt eine Vorzugsstellung einzuräumen und werden dafür mehr als eine Meistbegünstigung verlangen. Wenn das mit den bestehenden Handelsverträgen nicht möglich ist, müssen wir den Weg der Zollunion beschreiten."

Auf gewisse Lebensmittel wird ein Zoll gelegt werden. Ein solcher Beschluß ist bereits gefaßt worden. Welche Lebensmittel davon betroffen werden, kann ich noch nicht mitteilen. Wenn der Vorschlag vom Parlament angenommen worden ist, kann der dänische Handelsminister eine Einladung vom Handelsminister Runciman erwarten, zu Verhandlungen nach London zu kommen. Auf die Frage, ob es richtig sei, daß die englische Regierung auf alle Einfuhrwaren einen Wertzoll von 10 Prozent zu legen beabsichtige, erwiderte Minister Ormsby-Gore, für einige Waren werde der Zoll etwas über 10 und für andere weniger als 10 Prozent betragen; 10 Prozent könnten aber als Durchschnittssatz betrachtet werden.

Neue Zollgesetze schon Ende Februar

London, 25. Januar. Nachdem nunmehr die allgemeinen Richtlinien der englischen Zollpolitik festgelegt sind, wird Ministerpräsident Macdonald bald nach Eröffnung des Parlaments eine Regierungserklärung über die Zollgesetze abgeben. Man nimmt an, daß die neuen Zollgesetze vielleicht gegen Ende Februar oder Anfang März in Kraft treten können. Sachverständige behaupten, daß durch sie rund 80 000 Arbeiter wieder Arbeit finden werden.

An Frankreichs Adresse

Ein Interview Groeners in der „Volonté"

Paris, 25. Januar. Reichsminister Groener gewährte dem Berliner Vertreter der „Volonté" eine lange Unterredung. Groener betonte erneut, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags erfüllt und dasselbe Recht auf Sicherheit wie jeder andere Staat habe. Groener verwies sodann darauf,

daß die nächsten Nachbarn Deutschlands in der Lage seien, sofort zehn Millionen Mann zu mobilisieren.

Deutschland könne diesen zehn Millionen nur 100 000 Mann für das Landheer und 15 000 Mann für die Marine im Kriegsfall entgegenstellen, da der jüngste Soldat des Weltkrieges bereits dreißig Jahre alt sei und seither keine militärische Ausbildung mehr erhalten habe. Marschall Foch habe im Januar 1927 bestätigt, daß die Abrüstung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist. Zu den französischen Behauptungen über deutsche Geheimrüstungen sagte Groener, in der französischen Abrüstungsdenkschrift sei ausdrücklich festgestellt, daß ein Vergleich zwischen den Heereshaushalten der Staaten unmöglich sei. Man habe festgestellt, daß 214 000 französische Rekruten ebenso viel kosteten wie 5100 englische Rekruten, da letztere als Berufssoldaten eine bedeutend höhere Besoldung erhielten. Das gleiche gelte für Deutschland. Da in Deutschland nur einige Privatfirmen ausschließlich für die Reichswehr Kriegsmaterial herstellen dürften und ein Handel mit Kriegsmaterial verboten sei, sei es verständlich, daß Deutschland für jedes Stück Heeresmaterial sehr viel mehr bezahle als Frankreich mit seiner mächtigen Kriegsindustrie.

Trotzdem sei der deutsche Heereshaushalt seit 1928 ständig herabgesetzt worden, während der französische sich seitdem dauernd erhöht habe.

Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein vernünftiger Mensch noch von Geheimrüstungen sprechen. Zu den Ausführungen des Generals Bourgeois unterstrich Groener, daß es in Frankreich heute mehr Offiziere und Unteroffiziere gebe, als die Reichswehr insgesamt überhaupt Mannschaften und Offiziere habe. Die deutsche Jugend werde im deutschen Geiste und in dem der Völkerversöhnung erzogen. In Deutschland gebe es keinerlei militärische Jugendverbände, während man in anderen Ländern in großen Organisationen im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium die Jugend auf den Militärdienst vorbereite. — In seiner Eigenschaft als Innenminister habe er die Pflicht,

die Elemente zu bekämpfen, die die Atmosphäre zwischen Deutschland und dem Auslande vergiften, indem sie „Enthüllungen" über angebliche Vertragsverletzungen machten.

„Bisher", so unterstrich Groener, „hat sich noch nie ein französischer Pazifist bei mir eingefunden, um mir Enthüllungen über die französischen Rüstungen zu unterbreiten. Dagegen sind es die angeblich deutschen Pazifisten, die die engsten Beziehungen zum französischen Generalstab und den nationalistischen Verbänden auf der anderen Rheinseite unterhalten."

Konferenz über die Akademikernot

Gegen die Ueberfüllung der Hochschulen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Januar. Im Reichsministerium des Innern fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Groener eine Sitzung statt, die sich mit dem Arbeitsmarkt und den wirtschaftlichen Aussichten der Abiturienten, Studenten und Akademiker befaßte. Zu dieser Konferenz waren zahlreiche Persönlichkeiten aus der Arbeits- und Kulturverwaltung, aus der Kommunalpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft geladen. Auch die akademischen Berufsgruppen und die Selbsthilfeorganisationen der Studentenschaft waren vertreten. Eine amtliche Mitteilung ist über das Ergebnis noch nicht erschienen, denn man will den Fortgang von Einzelberatungen abwarten, die demnächst beginnen. Von gut unterrichteter Seite hören wir über diese Beratungen nun folgendes: Die Entwicklung der Wirtschaftslage des Akademikers geht besonders gefährliche Wege. Jährlich werden 40 000 bis 50 000 Abiturienten von den höheren Schulen entlassen, die sich nach zuverlässigen Schätzungen bis zu 70 Prozent dem Hochschulstudium zuwenden.

Die Zahl der Schüler an den höheren Schulen und der Studenten ist trotz der Wirtschaftskrise sehr gewachsen.

Die letzten Ersparnisse werden zusammengerafft, um den Sohn oder die Tochter studieren zu lassen, weil man glaubt, daß die Berufsaussichten in der Wirtschaftskrise durch neue Berechtigungsscheine wachsen. Dadurch wächst die Ueberfüllung der Hochschulen seit 1919 in beängstigendem Ausmaße. Eine Proletarisierung der akademischen Berufe ist die unmittelbare Folge. Der Reichsminister des Innern hat daher in Verbindung mit den Schulverwaltungen der Länder und Gemeinden schon vor längerer Zeit Maßnahmen gegen die Ueberfüllung der höheren Schulen und der Hochschulen ergriffen. Es kommt, wie man meint, in erster Linie darauf an,

die „Berechtigung" der Volksschule und der Mittelstufe der höheren Schulen zu vermehren, damit der Anreiz, auf Abiturium und Studium zu verzichten, verstärkt wird.

Dieser Grundidee dient der Plan der sogenannten mittleren Reife. In amtlichen Kreisen werden, soweit man erkennen kann, Gedankengänge erwogen, die etwa in folgender Richtung liegen: Der Zugang zu den höheren Schulen muß unter noch schärfere Auswahlgesichtspunkte gestellt werden. Unbegabte Kinder dürfen nicht durchgeschleppt werden, insbesondere muß der Uebergang von den mittleren zu höheren Schulen schwieriger werden. Die Reifeprüfung dürfe nicht zu einer Formalität herabsinken, auch sie müsse zu einem ausgesprochenen Ausleseverfahren umgestaltet werden. Die Umstellung der Abiturienten, Studenten und Akademiker auf außerakademische Berufsziele soll gefördert und dadurch erleichtert werden, daß ihnen der Erwerb von Fertigkeiten ermöglicht wird, die für jede praktische Berufstätigkeit wertvoll sind. Nach Möglichkeit sollen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dabei soll eine Verengung des Arbeitsmarktes der Angestellten und eine Verdrängung in Arbeit befindlicher Personen vermieden werden.

Die Beratungen im Reichsinnenministerium sind vorläufig mit der Bildung von zwei Ausschüssen abgeschlossen worden.

Der erste Ausschuß, dem die Weiterberatung des mehr allgemein gehaltenen Fragenkomplexes obliegt, hat seinen Vorsitzenden in der Person des Dresdner Hochschulprofessors Tillmann gefunden, der Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Hochschulen und der Leiter des Deutschen Studentenwerkes ist. Der zweite Ausschuß, dem der frühere Reichsminister Hamm präsidiert, und der sofort praktische Vorschläge zur Steuerung der Akademikernot ausarbeiten soll, wird mit seinen Arbeiten bereits heute beginnen.

Im übrigen wird am Donnerstag beim Reichsinnenminister Groener eine Konferenz der Kultusminister der Länder stattfinden. Beratungsthema ist die Entpolitisierung der Schulen.

Der Völkerbundsrat tagt

Genf, 25. Jan. Die 66. Tagung des Völkerbundsrates begann heute vormittag 11 Uhr mit einer nichtöffentlichen Sitzung, an die sich unmittelbar die erste öffentliche Sitzung schloß. Den Vorsitz der Tagung führt Frankreich. Die französische Regierung hat den Senator Paul Boncour mit ihrer Vertretung beauftragt. Auf der jetzigen Tagung sind nur wenige Mächte durch Außenminister oder aktive Minister vertreten. Für Großbritannien ist Lord Robert Cecil, für Japan der Gesandte in Brüssel, Sato, für Italien der aus den Flottenverhandlungen bekannte Delegierte Russo, für Deutschland vorläufig der Gesandte Freiherr v. Weizsäcker erschienen.

In der öffentlichen Sitzung, die der Vertreter Frankreichs, Paul Boncour, eröffnete, widmete zunächst Lord Robert Cecil dem kürzlich zurückgetretenen französischen Außenminister Briand, der in den letzten Jahren nahezu ununterbrochen Frankreich im Rate vertreten hat, einige freundliche Worte.

Ein Bericht über die Behandlung der Zivilluftfahrt auf der Abrüstungskonferenz wurde angenommen. Der Bericht geht auf einen Antrag der deutschen Regierung zurück, die verlangt hat, daß die Zivilluftfahrt aus der Abrüstungskonferenz herausgelassen und in einer besonderen Konvention geregelt wird.

Die Verhandlungen werden heute nachmittag weitergeführt.

Rotfront fängt sich in der eigenen Falle

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Jan. Ueber die Planmäßigkeit, mit denen die Kommunisten ihre Mordüberfälle auf Nationalsozialisten vorbereiten und durchführen, hat die Berliner politische Polizei jetzt einen interessanten Beleg bekommen. Die politische Polizei erhielt die Nachricht, daß die Kommunisten einen solchen Anschlag in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend auf Nationalsozialisten unternehmen wollten, die in einem Vorort eine Versammlung abgehalten hatten.

Die Nationalsozialisten sollten in eine Falle gelockt werden.

In einer Laubenkolonie hatten sich die Kommunisten bereits versammelt, um den Ueberfall durchzuführen. Die Nationalsozialisten wurden von Radfahrern auf ihrem Heimweg beobachtet, die dann losfuhren, um ihre Komplicen vom Herannahen der Nationalsozialisten zu benachrichtigen. Indessen hatte die politische Polizei den Plan verraten bekommen. Kaum waren die kommunistischen Nachrichtenradler losgefahren, als die Beamten die heimkehrenden Nationalsozialisten anhielten. An ihrer Stelle setzte eine größere Anzahl von Schutzpolizisten und Kriminalbeamten in Zivil den Weg fort. Als sie die kommunistische Laubenkolonie erreichten, stürzten die Kommunisten heraus und auf sie zu. Im selben Augenblick flammten die Taschenlampen und Scheinwerfer der Polizei auf.

Die Beamten empfingen die Kommunisten mit dem Ruf „Hände hoch!" und nahmen sie fest.

Von elf Festgenommenen hatten zehn geladene und ungesicherte Revolver bei sich. Das Ermittlungsverfahren gegen die Verhafteten wird wegen versuchten gemeinschaftlichen Mordes geführt.

Inzwischen setzt die politische Polizei mit großer Energie ihre Nachforschungen nach dem Kommunistentrupp fort, dem gestern der 16jährige Gymnasiast Norkus zum Opfer fiel. In den frühen Morgenstunden begaben sich wieder zahlreiche Kriminalbeamte auf die Suche nach den Mitgliedern dieser Stoßtrupps. Eine Anzahl der Beteiligten konnte bereits festgestellt und hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

Chinas Außenminister tritt zurück

Nanking, 25. Januar. Außenminister Tschen hat der Regierung sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. Wie in amtlichen Kreisen verlautet, erfolgte dieser Schritt, weil die chinesische Regierung die von Tschen verfolgte Politik ablehnte. Im übrigen glaubt man zu wissen, daß der chinesische Vertreter auf der Völkerbundstagung in Genf, Yen, telegraphisch neue Weisungen erhalten hat, denen zufolge China auf der Tagung, im Gegensatz zu der bisher verfolgten Politik, eine äußerst gemäßigte Haltung einnehmen wird.

SLUB
Wir führen Wissen.